

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 16867.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag vormittag und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ritterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis p. Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inseratekosten für die sieben-gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ ermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 13. Jan. (W. L.) Der Kaiser hat gestern die Zeit von 4 bis 8½ Uhr außer Bett gebracht, die Regierungsgeschäfte erledigt und eine gute Nacht gehabt.

Berlin, 13. Jan. (Privat-Tel.) Der Statut des königlichen Opernhauses für 1888 schließt mit 700 000 Mark Deficit ab. Das bisherige höchste Deficit, unter dem früheren General-Intendanten v. Hülsen, betrug nur 300 000 Mark.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. Januar.

Die diplomatische Lage

Ist noch unverändert dieselbe wie in den letzten Tagen. Die Nachricht von einem Vorgehen der Mächte gegen den kleinen Bulgarenfürsten, welcher in einer Ruhe, als wölbte sich ein gänzlich ungetrübter Himmel über ihm, in Sofia sitzt und mit gekreuzten Armen abwartet, was Europa thun wird, wird noch einmal nachdrücklich im folgenden uns heute zugehenden Telegramm dementirt:

Wien, 13. Jan. (W. L.) Die „Presse“ schreibt: Die Londoner Meldung, die Mächte hätten bereits einen gemeinschaftlichen Schritt bei der Pforte gethan, um sie zu bestimmen, den Prinzen Ferdinand von Coburg aufzufordern, Sofia zu verlassen, findet in hiesigen diplomatischen Kreisen keine Bestätigung. Man weiß in diesen Kreisen absolut nichts von diplomatischen Verhandlungen in der bulgarischen Frage, geschweige von einem bereits erfolgten Collectivschritte in dieser Sache.

Was nun der Putsch von Burgas und seine eventuellen Nachwirkungen auf die diplomatische Lage anlangt, so desavouirt, wie telegraphisch bereits gemeldet ist, das „Petersb. Journ.“ den Putschversuch von Burgas, den die Nabokow und Genossen mit ihrem Leben bezahlt haben sollen, nachträglich, nachdem derselbe mißlungen ist. Dieses wird man nicht ohne weiteres als politische Heuchelei ansehen dürfen. In diesem Augenbliche, wo die Mächte sich wieder einmal mit der Lösung der bulgarischen Frage befassen sollen, kann man in Petersburg den Putsch von Burgas nicht als eine Förderung der russischen Absichten ansehen. Im Gegenzug zu der früheren offiziösen Behauptung, Russland werde sich in eine abwartende Stellung zurückziehen, betont das Organ des Herrn v. Giers, das einzige Ziel, welches man im Interesse des Landes wie der allgemeinen Ruhe herbeiführen müsse, sei das, die bulgarische Frage in eine gesetzliche Bahn zu leiten. Dass in Berlin und in Wien derselbe Münch vorherrscht, wird nachgerade von keiner Seite mehr in Abrede gestellt. Die Forderung, dass Russland die Initiative in dieser Richtung ergreife, ist an sich ebenso selbstverständlich, wie die Voraussetzung Russlands, dass eine solche Initiative erst ergriffen werden könnte, wenn halbwegs Aussicht auf Erfolg vorhanden sei.

Ob diese Voraussetzung jetzt schon erfüllt ist, mag dahingestellt bleiben. Verhandlungen dieser Art sind selbstverständlich vertraulicher Natur. Zu den Symptomen, welche das Fortschreiten dieser Verhandlungen erkennen lassen, gehört u. a. die Ankündigung einer Blokade der bulgarischen Küsten seitens der Berliner Vertragsmächte, eine Maßregel, welche den Fürsten Ferdinand sehr bald von der Aussichtslosigkeit des Widerstandes gegen den Willen der Mächte überzeugen würde.

Weshalb bei dieser Sachlage schon jetzt wieder Versuche gemacht werden, die öffentliche Meinung über die Absichten Russlands zu beunruhigen, ist eine Frage, deren Beantwortung nicht gerade leicht ist. Hat doch so eben erst der „Reichsanzeiger“ in seinen Zeitungstimmen dem Artikel der „Schles. Zeit.“ Aufnahme gewährt, welcher die Notwendigkeit einer Befestigung des Vertrauens in den Frieden in treffender Weise nachwies.

Über die Stimmung in den leitenden Kreisen Budapest wird der „Pol. Corr.“ geschrieben, dass man auch hier die Überzeugung auspricht, dass in der internationalen Lage in den letzten Tagen nach keiner Richtung hin irgend eine den wesentlichen Charakter der Situation berührende Aenderung eingetreten ist. Mit Rücksicht auf diesen Stand der Dinge, welcher eine ruhig zufwartende und gleichzeitig umsichtige Haltung als die einzige gebotene erscheinen lässt, wird in den maßgebenden Kreisen der österreichisch-ungarischen Monarchie jede Aufführung herausfordernden Tones, von welcher Seite immer sie ausgehen möge, entschieden mißbilligt. Der in der öffentlichen Meinung immer wiederkehrende Wunsch, dass die Regierung im Hinblick auf die andauernden russischen Truppenbewegungen sich durch die friedlichen Gesinnungen und Auferungen des Zaren zu keinem Ermatten der verschärften Wachsamkeit bestimmen lasse, entspricht, wie sich versichern lässt, vollständig den leitenden Gesichtspunkten aller für die österreichisch-ungarische Politik maßgebenden und verantwortlichen Factoren. Durch eine scharfe Auseinandersetzung in dieser Richtung wird die Wirkksamkeit der auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Kräfte keineswegs beeinträchtigt; man darf vielmehr gefroht das Gegenthell behaupten. Unter allen Umständen wäre es durchaus verfehlt, in den kriegerischen Redensarten einzelner Organe in Österreich-Ungarn das Spiegelbild der an den leitenden Stellen herrschenden Anschauungen zu erblicken. Der oben gekennzeichnete Standpunkt der letzterwähnten Kreise liegt zwischen den kriegerischen Gesinnung und dem entgegengesetzten Extrem durchaus in der Mitte.

Prinz Wilhelm und die Orthodoxen.

Die „Kirchliche Monatschrift“ führt das Zürniß, den „Königsohn“ gegen die „gütigen Lästerungen der Judenblätter“ und — der finanzpolitischen „Post“ zu vertheidigen, weil diese je Zudringlichkeit, mit der die Hochkirchlichen sich die Rockschöße des Prinzen Wilhelm zu hänen versucht hatten, gebührend gekennzeichnet habe. Die „Kirch. Mon. Schrift“ sagt u. a.: „Ein ursprünglicher Haß, eine grenzenlose Dreistigkeit gegenüber dem dreyfingsten Thronerben macht sich ganz offen breit, wie man solches in Preußen bisher noch nicht gewohnt war. ... Uns dünt, das unerhörte Gebahren von drei Dierteln unserer Presse in dieser Sache ist ähnlich wie z. B. Hödis und Nobilings Attentat, wie ein Blitz, der plötzlich den Horizont erleuchtet und uns zeigt, vor welchen Abgrund wir stehen.“ Angefangen dieser Stimmen wird man die Ankündigung einer Reorganisatin der Berliner „Stadtmission“ mit einem Misstrauen aufnehmen müssen.

Die Begutachtung des bürgerlichen Gesetzbuchs.

Es liegt in der Absicht der Regierung, das bürgerliche Gesetzbuch, wie es aus den Beschlüssen der Commission hervorgegangen ist, soweit die möglich der öffentlichen Kritik zu unterbreiten. Es bestätigt sich, dass man Organe bestimmter Interessenkreise also des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft u. s. w. zu gutachtllichen Aeußerungen auffordern will. Die Commission selbst hat derartige Schritte als wünschenswerte bezeichnet.

Die jugendlichen Arbeiter und die Altersversorgung.

Unter den mannigfachen in der Presse über den Entwurf der Alters- und Invalidenversicherung verbreiteten Nachrichten findet sich auch die Angabe, dass eine stärkere Heranziehung der jugendlichen Arbeiter zu den Beitragslasten geplant werde. Dazu wird offiziös bemerkt: Es mag richtig sein, dass eine Anregung in dieser Richtung von einer oder anderen Seite gegeben worden ist. Soviel aber ist sicher, dass ein derartiger Gedanke in dem Entwurf kaum Platz finden dürfte. Abgesehen davon, dass die jüngeren Arbeiter zunächst nicht zu den besser gelohnten gehören, würde es schon die Rücksicht auf die bei einer Einrichtung, wie der Alters- und Invalidenversicherung, dringend gebotene Einsicht der Organisation verbieten, einem Gedanken zu folgen, welcher zu den erheblichsten Weiterungen führen müsste.

Das Präsidium des Reichspatentamts.

Mit der Stellvertretung des bisherigen Präsidenten des Reichspatentamts, welcher nächst Sonntag seine Stellung in Berlin verlässt, um nach Osnabrück überzusiedeln, ist, da eine Bestimmung über die Neubeförderung des Postens noch nicht erfolgt ist, das älteste ständige Mitglied des Amtes, Geh. Ober-Reg.-Rath Dr. Meyer (früher Rechtsanwalt in Thorn), vortragender Rath im Reichsjustizamt, beauftragt worden. Dass Herr Dr. Meyer zum Nachfolger Stüve's ausersehen sei, wie neuerdings ein rheinisches Blatt meldete, ist vorläufig nicht bestätigt. In Regierungskreisen wird auffälliger Weise ein Beamter des auswärtigen Dienstes, der derzeitige Generalconsul ist Pest, Geh. Leg.-Rath Dr. Bojanowski, als eine der Persönlichkeiten bezeichnet, welche bei der Wiederbeförderung der Präsidentenstelle in Betracht kommen. Herr v. Bojanowski, vor längerer Zeit Generalconsul in London, dann Director im Auswärtigen Amt, hat bekanntlich diesen Posten wegen Überanstrengung niedergelegen müssen und wurde nach Pest versetzt. Dass der Genannte in seiner bisherigen Carriere Gelegenheit gefunden hat, sich mit den Aufgaben des Patentamts eingehend zu beschäftigen, entzieht sich der Kenntnis. Von der Berufung des elsässisch-lothringischen Unterstaatssekretärs Dr. v. Mayr zum Präsidenten des Patentamts ist nicht mehr die Rede; wobei dahingestellt bleibt, ob eine solche Absicht überhaupt bestanden hat.

Dass die Frage der Revision des Patentgesetzes noch in dieser Sesslon den Reichstag beschäftigen werde, wird, wie unser Berliner Correspondent schreibt, nach wie vor als ausgeschlossen bezeichnet.

Über den militärischen Nachtragsetat schreibt unser Berliner □-Correspondent: Es wird bekannt, dass noch mancherlei Vorarbeiten zu erledigen seien, bis der militärische Nachtragsetat an den Bundesrat gelangen könnte, und doch daher der Staat sobald bei dem Reichstage nicht zu erwarten sein wird. Bei den Arbeiten der Militär-Commission, welche gleich nach den Ferien aufgenommen werden, dürfe nun auch der finanzielle Punkt, wie er jetzt in die Ersthebung tritt, den Gegenstand der Erörterung bilden, obwohl dieselbe und die Entscheidung über den Nachtragsetat Sache der Budget-Commission sein wird.

Die zweite Sitzung des französischen Parlaments nach den Ferien hat gestern stattgefunden. Präsident Floquet begrüßte, als er den Präsidentenstuhl einnahm, die Kammer mit einer Ansprache, in welcher er die energische Lebenskraft derselben rühmend hervorhob, die mit unterschüchterlicher Festigkeit ein nothwendiges wenn auch schmerliches Opfer gebracht und eine von der Ehre der Republik geforderte constitutionelle Wendung herbeigeführt habe. Es sei die Pflicht der Kammer, auf festen Grundlagen eine dauerhafte Harmonie zwischen den öffentlichen Gewalten aufrecht zu erhalten, es entspreche dem nationalen Interesse, dass nicht mehr die Autorität der gesetzgebenden Gewalt erschüttert werde, nachdem diese das An-

sehen der Executivegewalt glücklich wiederhergestellt habe. Floquet constatierte demnächst, dass die den Gang der Politik berührenden Fragen die Nation im Augenblick wenig interessirten; man müsse sich mit den finanziellen Fragen beschäftigen, sowie mit der Industrie, dem Handel, dem Loope der Arbeiter, mit den militärischen Verhältnissen, mit der internationalen Lage. Warum solle sich die Kammer nicht verständigen über diese Fragen, da sie doch in gleichem Maße Gerechtigkeit für alle wolle bei der Regelung innerer Angelegenheiten, wie die Loyalität eines friedliebenden, aber der Schwäche nicht zugänglichen Volkes bei Verhandlungen über Frankreichs auswärtige Interessen? Grosse Gerechtigkeit im Innern, skrupulöse Loyalität in auswärtigen Angelegenheiten seien die Bedingungen für die nationale Stärke; Frankreich müsse stark sein, wenn es als Alliirter begeht, als Gegner gefürchtet sein sollte.

Der Deputierte Letellier richtete eine Anfrage an den Justizminister Fallières über die Enthebung

Vigneaus von seinen Funktionen als Untersuchungsrichter. Der Minister erwiederte, Vigneau

verhalten stehe im Widerspruch mit der Würde

und der Unparteilichkeit, die ein Angehöriger des

Richterstandes zu beobachten habe. Uebrigens

werde die Lage der Angeklagten durch das

Vorgehen gegen Vigneau nicht berührt; das ge

richtliche Verfahren werde ruhig seinen Gang

gehen. Der Deputierte Basly brachte den Antrag

auf Amnestie für alle wegen politischer Ver

brechen und Vergehen verurteilten Personen ein

und beantragte dafür die Dringlichkeit. Der

Ministerpräsident Tirard erklärte, er sei nicht

gegen die Dringlichkeit, er sei auch zu Milde und Gnade geneigt, müsse sich aber ganz unbedingt

gegen die Bewilligung einer Amnestie aussprechen.

Nach längerer Debatte wurde die Dringlichkeit

mit 265 gegen 197 Stimmen abgelehnt.

Im Senat wurde zum Präsidenten Leroyer

mit 171 von 201 Stimmen wiedergewählt; ebenso

wurden Humbert, Magnin, Tessierenc und Penrat

zu Vicepräsidenten wiedergewählt.

Der Umschwung in Schweden.

Wie wir Berichten, die aus Stockholm eingehen, entnehmen, steht die Entscheidung der obersten Instanz in Angelegenheit der zwölftzweig Reichstagsmandate der Stadt Stockholm unmittelbar bevor. Die Berufung der ursprünglich gewählten freihändlerischen Deputirten, deren Mandate cassirt worden sind, klammert sich an so unwesentliche Formfehler, die bei der Wahl der schwedischen Candidaten vorgekommen sein sollen, dass sich kaum eine Ausicht auf einen Erfolg des Recurss darbietet und allgemein die Bestätigung der schwedischen Candidaten — in Übereinstimmung mit den Erkenntnissen aller früheren Instanzen — vorausgesetzt wird. Demgemäß wird die Berufung eines schwedischen Ministeriums durch den König bald nach dem Zusammentritt des Reichstags erwartet. Nachdem der letztere seine Session am 16. eröffnet, worauf erst die Ernenntung des Präsidiums des Reichstags zu erfolgen hat, dürfte sich der factische Cabinechsel im letzten Drittel des Januar vollziehen.

Schärfere Handhabung des Märzukas.

Wie der „Pol. Corr.“ aus Warschau vom 10. Januar gemeldet wird, lässt sich aus verschiedenen in letzter Zeit vorgekommenen Fällen der Abweilung von Gesuchen um Aufnahme in den russischen Staatsverband eine schärfere Handhabung des März-Ukas ersehen. Den Israeliten nicht-russischer Nationalität wird nach Neujahr a. St. der Aufenthalt in den Städten nur für den Fall gestattet werden, wenn dieselben ein Patent erster Gilde gelöst und bis zum Mai l. J. die benötigte Bewilligung zum Fortbetriebe ihrer Geschäfte erlangt haben werden.

Einer weiteren Meldung aus der gleichen Quelle folge werden zum Zwecke der unmittelbar bevorstehenden Vermehrung der russischen Grenzpolizei neue Quartiere bestellt und an einzelnen Orten neue Wachhäuser errichtet.

Hungersnot in Montenegro.

Wie aus Cettinje geschrieben wird, hat der in einigen Bezirken des Fürstenthums ausgebrochene Notstand den Charakter einer ernsten Hungersnot angenommen. Laut verlässlichen Nachrichten sind über 30 000 Individuen aller Subsistenzmittel entblößt. Die russische Kaiserliche Familie hat eine Schiffsladung Getreide aus Odessa als Geschenk für die Notleidenden entsendet; allein diese mit Sehnsucht erwartete Hilfe ist bis in die ersten Tage des neuen Jahres nicht eingetroffen. Die von der Regierung und der Bevölkerung aufgebotene Hilfsaktion erweist sich aber der Größe des Elends gegenüber als durchaus unzureichend.

Der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nachdem wir gestern ausführlich die Darlegungen des dem Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs beigelegten Beilegerberichten wiedergegeben haben, welche sich auf das Einführungsgesetz und die in Folge der Regelung des Immobilienrechts erforderliche Grundbuchordnung beziehen, lassen wir im Nachstehenden die Erörterungen folgen, welche sich mit der Zwangs-Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen, mit dem Verfahren in den Angelegenheiten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit bildet mindestens in seinem vollen Umfange an und für sich keinen Gegenstand des materiellen bürgerlichen Rechts. Es hat daher in dem vorliegenden Entwurf nur in so fern eine Regelung erfahren, als es mit materiellen Rechtsnormen in einem nicht zu lösenden Zusammenhang steht, wie z. B. bei den Vorschriften über Errichtung der Testamente und bei einer Gruppe von Vorschriften, welche die Geschäftsführung, das Vermögenswesen und die hördliche Mitwirkung in Geschäftsfällen betreffen. Im übrigen wird also die gestern erwähnte Grundbuchordnung außer Betracht gelassen. In Anfahrung des Verfahrens in Angelegenheiten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit das Landesrecht maßgebend bleibt. Allein es fragt sich doch, ob nicht der Einheitlichkeit des materiellen Rechts eine gewisse Gefahr drohe, wenn nicht in der fraglichen Beziehung noch etwas weiter gegangen werde. Insbesondere möchte es sich zur Abwendung jener Gefahr empfehlen, im Wege der Reichsgesetzgebung einheitliche Vorschriften zu erlassen über die örtliche Zuständigkeit der Behörden, über die Lässigkeit der Änderung der Verfügungen, Beschlüsse und Entscheidungen, deren Justiz, Wirkung, Anstellung und Rechtskraft. Vorschriften dieser Art eignen sich wegen ihres formell-rechtlichen Charakters und weil sie mit den civil-prozeßrechtlichen Normen verwandt sind, ebenso wie die letzteren zur Aufnahme in das bürgerliche Gesetzbuch. Betreffend die Grundbuchfällen, so hat der von dem Redactor des Sachenrechts vorgelegte Entwurf der Grundbuchordnung das Erforderliche vorgelegt. Anlangend die Vermögenssachen und die sonstigen das Familiengericht betreffenden Angelegenheiten, so hat der Redactor des Familiengerichts einen sehr ausführlichen Entwurf eines Rechtsgelehrten über das Verfahren in solchen Sachen unter Befügung von Motiven zur Vorlage gebracht. Mit der Commission davon ausgegangen, dass die reichsgesetzliche Regelung auf dasjenige zu beschränken sei, was unerlässlich erscheint, um der gedachten Gefahr vorzubeugen, wird der von dem Redactor des Familiengerichts vorgelegte Entwurf in nicht unerheblichem Maße zu vereinfachen und in der vereinfachten Gestalt auf die noch übrigen Ertragsfällen, namentlich die Nachlassfällen, auszudehnen sein, wobei auch die Berücksichtigung der Grundbuchfällen nicht ausgeschlossen wäre. Die Commission hat beschlossen, dass in der hieraus sich ergebenden Weise der in Rede stehende Gegenstand bei Berüfung der erwähnten Entwürfe zu erledigen sei.

In Folge der Einführung des bürgerlichen Gesetzbuchs werden verschiedene Änderungen und Ergänzungen der Reichs-Civilprozeßordnung und der Reichs-Concursordnung unerlässlich, sei es, um das in den beider Prozeßordnungen enthaltenen materielle Prozeßrecht oder auch diese oder jene Prozeßnormen mit den einschlagenden Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches in den erforderlichen Einhang zu bringen, sei es zur Hebung von Zweifeln, inwiefern gewisse Vorschriften der Prozeßordnungen als durch das bürgerliche Gesetzbuch aufgehoben oder geändert anzusehen seien, sei es endlich zur Beseitigung von Unvollständigkeiten, welche wegen der bisherigen Verschiedenheit des materiellen Privatrechts bei Aufstellung der Prozeßordnungen mitunter sich als unvermeidlich ergaben. So enthält, um nur ein wichtiges Beispiel zu erwähnen, die Concurs-Ordnung keine zureichenden Vorschriften über den Umgang der Immobilienmasse sowie den Umgang und die Rangordnung der aus der Immobilienmasse zu berichtigenden Ansprüche, verweist in dieser hinsicht vielmehr auf die Reichsgesetze und die vorzugsweise in Betracht

kommenden Landesgesetze. (§ 39 der Concursordnung.) Die desfalls Unvollständigkeit der Concursordnung beruht auf denselben Grunde, welcher bei Aufstellung der Civilprozeßordnung von der vollständigen Regelung der Zwangsvoilstreckung in das unbewegliche Vermögen abgehalten hat. — Die nach dem Vorstehenden erforderlichen Aenderungen und Eränderungen der beiden Prozeßordnungen sind zu einem kleinen Theile in den vorliegenden Entwurf selbst aufgenommen, die meisten aber dem Einführungsgesetze bzw. in Ansehung der vorerwähnten Unvollständigkeit der Concursordnung dem Gesetz über die Zwangsvoilstreckung in das unbewegliche Vermögen vorbehalten, viele derselben jedoch in Noten zum Texte des Entwurfs, oft unter genauer Bezeichnung ihres Inhalts, bereits angekündigt.

Ob es aber nicht angemessener sei, aus Anlaß der Einführung des bürgerlichen Gesetzbuchs die beiden Prozeßordnungen oder auch noch das eine oder andere Reichsgesetz, insbesondere das Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Geschleichung vom 6. Februar 1875 einer vollständigen Revision und neuen Redaktion zu unterziehen, darüber möchte erst befunden werden können, wenn der Inhalt des bürgerlichen Gesetzbuchs endgültig feststeht.

Eine nicht geringe Wichtigkeit ist der in der neueren Zeit und erst nach den Beschlüssen des Bundesrats vom 22. Juni 1874 vielfach erörterten rechtsgerichtlichen Regelung der befordernden Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke beizumessen. Die Commission ist nach sorgfältiger Prüfung des in Betracht kommen den, in reichster Maße ihr zugänglich gewordenen Materials zu der Überzeugung gelangt, daß es unstatthaft ist, daß das ganze Gebiet des Reichs im Wege der Reichsgesetzgebung eine besondere Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke einzuführen. Es gibt ohne Zweifel und, wie allgemein anerkannt wird, im deutschen Reich nicht wenige Gebiete, für welche ein solches Gesetz nicht paßt. Ist dies richtig, so kann das fragliche Gesetz auch nur für bestimmte Gebiete des Reichs erlassen werden, die Bezeichnung dieser Gebiete aber wegen Verschiedenheit der maßgebenden, der Prüfung durch die Organe der Reichsgesetzgebung sich mehr oder weniger entziehenden Verhältnisse nur auf dem Wege der Landesgesetzgebung erfolgen. Reichsgesetzlich kann unter den obwaltenden Umständen die Aufstellung der betreffenden erbrechtlichen Normen nur unvollkommen und namentlich mit dem Vorbehalt bewirkt werden, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur für die Gebiete in Kraft treten, für welche ihre Geltung durch die Landesgesetzgebung bestimmt werde. Sollte es gleichwohl aus anderen Gründen den Vorzug verdienen, über jenen systematischen Grund hinwegzusehen und die gedachten Rechtsnormen dem bürgerlichen Gesetzbuche selbst mit den geeigneten Vorbehalten für die Landesgesetze, namentlich etwa mit dem Vorbehalt einzubringen, daß der Landesgesetzgebung überlassen bleibe, die Geltung derselben für das ganze Staatsgebiet oder einige Theile des letzteren auszuschließen, so würde nichts entgegenstehen, die Vorschriften aus dem Einführungsgesetze zu entfernen und am Schlusse des bürgerlichen Gesetzbuchs einzustellen, so daß sie in passender Weise den leichten Abschluß des das Erbrecht enthaltenden Theils des Gesetzbuchs bilden würden.

Hervorzuheben ist noch, daß der Entwurf Vorschriften über das internationale Privatrecht nicht aufgenommen hat. Die Commission erachtete es für zweckhaft, ob Vorschriften dieser Art zur Aufnahme in das bürgerliche Gesetzbuch sich eignen; sie glaubte sich des Urtheils hierüber, weil die Entscheidung zu nicht geringem Theile von politischen Erwägungen abhänge, enthalten zu müssen. Gleichwohl sind von der Commission Vorschriften, welche das internationale Privatrecht betreffen, berathen und festgestellt. Ueber diese von der Commission beschlossenen, aus 26 Paragraphen bestehenden, in einer besonderen Beilage bei gefügten Vorschriften wird die Entscheidung anheimgestellt, ob sie dem Entwurfe einzuverleben seien oder nicht, und ob sie im letzteren Falle auch bei der Publication des Entwurfs von der Veröffentlichung auszuschließen wären. Der Entwurf wird an keiner Stelle einer Aenderung bedürfen, wenn das Gesetzbuch Vorschriften über das internationale Privatrecht nicht enthalten soll. Möchte aber die Entscheidung dahin ausfallen, daß der Entwurf durch Aufnahme solcher Vorschriften zu ergänzen sei, so würden die von der Commission beschlossenen Vorschriften, ohne daß der Entwurf auch in diesem Falle einer Correctur bedürfe, am Schlusse des Entwurfs aufgenommen werden können.

Vorschriften über die zeitliche Collision der Gesetze sind im Entwurfe übergangen, weil nach der Ansicht der Commission allgemeine Vorschriften solcher Art sich kaum aufstellen lassen, indem vielmehr bei jedem neuen Gesetz concret geprüft werden muß, ob und inwieweit ihm nach seinem Gehalte und nach der erkennbaren Absicht des Gesetzgebers rückwirkende Kraft oder Wirksamkeit für die bestehenden oder noch schwebenden Rechtsverhältnisse beizumessen sei. Wie es in dieser Beziehung mit dem bürgerlichen Gesetzbuche sich verhalte, wird das Einführungsgesetz in umfassender Weise bestimmen. Seine desfallsigen Vorschriften können übrigens für die Auslegung und Anwendung anderer Reichsgesetze unter Umständen von nicht geringem Belange werden.

Aus Schlesien, 11. Januar, stellt es der Vorstehende der Commission zur Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches dem Reichskanzler anheim, den Entwurf des Gesetzbuches — was inzwischen bereits geschehen — an den Bundesrat zu leiten, dessen fernerer Beschlüssen es, wie es in dem Berichte heißt, entsprechen würde, wenn dieser Entwurf nicht allein den einzelnen Bundesregierungen zur Prüfung und Aufstellung etwaiger Erinnerungen mitgetheilt, sondern auch, um die Ansichten weiterer Kreise über den Entwurf zu erfahren, durch die Presse mit einer geeigneten Aufforderung zur Kritik veröffentlicht würde.

Deutschland.

△ Berlin, 12. Januar. Das Befinden des Kaisers ist relativ zufriedenstellend. Die Aerzte rathen umso mehr zur Schonung, als der Kaiser den dringenden Wunsch hat, an dem in der nächsten Woche stattfindenden Ordensfeste persönlich teilzunehmen. Der katarhalische Zustand nimmt, wie man hört, einen durchaus normalen Verlauf.

Bestimmungen über die bekanntlich erheblich eingeschränkten Hoffestlichkeiten während der Karnevalsszeit sind noch vorbehalten und bleiben selbstverständlich von dem Befinden des Kaisers abhängig.

Fürst Bismarck wird Ende nächster Woche in Berlin erwartet. In gewohnter Weise werden Bestimmungen über die Abreise des Fürsten in Friedrichsruh und Ankunft in Berlin erst im Augenblick der Ausführung der Pläne bekannt. Es läßt sich also Bestimmtes darüber jetzt noch garnicht melden. Vorläufig heißt es noch nach wie vor, der Fürst werde, soweit ihm das sein Gesundheitszustand gestattet, lebhaft sich an den parlamentarischen Verhandlungen beteiligen.

* [Der Kronprinz an Georg Ebers.] Wie die Allg. Ztg. erfährt, hatte Professor Georg Ebers

von Bevey aus, unter dessen milderem Himmelsstriche der leidende Dichter und Gelehrte dienstlich mit seiner Familie überwinter, dem deutschen Kronprinzen seine neueste Dichtung „Eisen“ mit einigen Widmungsstrophen zugesandt, in welchen er seiner patriotischen und menschlichen Theilnahme an dem herben Geschick des erlauchten Kranken poetischen Ausdruck ließ. Vor wenigen Tagen nun ist Professor Ebers durch ein zwei Seiten langes eigenhändiges Schreiben des Kronprinzen beeckt worden, das mit dem Wunsche schließt: „Möchte die Jahreswende Ihnen die Besserung bringen, welche sich bereits bei mir einzustellen beginnt.“

* [Aeußerung des Reichskanzlers.] Die „Allg. Ztg.“ stellt in Abrede, daß der Reichskanzler neulich zu dem neuernannten Consul in Paris, Legationsrath v. Ladenberg die Worte gesagt habe: „Lassen Sie sich doch nicht verblassen.“

* [Liebknecht] wird wahrscheinlich bei der demnächst im 6. Berliner Wahlkreis stattfindenden Erstwahl für den unheilbar kranken Hasenclever zum Kandidaten der Sozialdemokraten aufgestellt werden.

* [An Dirichlets Todestage.] Anlässlich des vorgestrigen Todestages des vor einem Jahre verstorbene Abgeordneten Lejeune Walther Dirichlet hatten der Verein Fortschritt, der deutschfreisinnige Arbeiterverein und der Bezirksverein Alt-Berlin das Grab desselben auf dem Luisenkirchhof in Charlottenburg durch zahlreiche Kränze in die landwirtschaftlichen Grundstücke einzuführen. Es gibt ohne Zweifel und, wie allgemein anerkannt wird, im deutschen Reich nicht wenige Gebiete, für welche ein solches Gesetz nicht paßt. Ist dies richtig, so kann das fragliche Gesetz auch nur für bestimmte Gebiete des Reichs erlassen werden, die Bezeichnung dieser Gebiete aber wegen Verschiedenheit der maßgebenden, der Prüfung durch die Organe der Reichsgesetzgebung sich mehr oder weniger entziehenden Verhältnisse nur auf dem Wege der Landesgesetzgebung erfolgen. Reichsgesetzlich kann unter den obwaltenden Umständen die Aufstellung der betreffenden erbrechtlichen Normen nur unvollkommen und namentlich mit dem Vorbehalt bewirkt werden, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechtsnorm zu modifizieren oder von der Anwendung auszuschließen. Nach diesem Standpunkte gehören die in Frage kommenden rechtsgerichtlichen Rechtsnormen systematisch nicht in das bürgerliche Gesetzbuch, sondern in das Einführungsgesetz. Das letztere wird daher besondere Rechtsnormen über die Erbfolge in die landwirtschaftlichen Grundstücke mit der Vorschrift enthalten, daß dieselben nur dann und insofern Anwendung finden, als deren Geltung für das ganze Gebiet oder gewisse Gebietsteile eines Bundesstaates durch Landesgesetz bestimmt wird, wobei zugleich der Landesgesetzgebung noch die Befugnis gewahrt bleibt, muß, die eine oder andere Rechts

Die Rechte und Pflichten der Stadtverordneten und über die der Stadt bevorstehenden neuen Aufgaben die neu- und wiedergemählten Stadtverordneten in ihr Amt einführte und durch Handschlag in Eid und Pflicht nahm. Herr Ruhemann erstattete hierauf den Geschäftsauftrag pro 1887, nach welchem die Versammlung in 15 Sitzungen 197 Vortragslücken erledigt hat. Bei der folgenden Wahl des Bureau's der Versammlung wurde Herr Ruhemann zum Vorsteher und Herr Apotheker Rottmann zu seinem Stellvertreter neu gewählt. Als Schriftführer wurde Stadtkreisrat Eichler wieder gewählt. Eine zweite Sitzung wird binnen kurzem in dem neu und stilvoll eingerichteten Stadtverordnetensaal stattfinden, zu dessen Schmuck neben dem altherkömmlichen Orts verlehrten Bild des Kaisers jetzt auch von Hrn. Rentier Schmidt ein Doppelbild Friedrichs des Großen geschenkt ist. Die Beschlüsse der städtischen Behörden bezüglich der Aufnahme einer Anleihe von 300 000 Mk. haben nicht die Bestätigung des Bezirksausschusses gefunden. Derselbe erklärt es für prinzipiell unzulässig, bereits verausgabte und dem Grundvermögen entnommene Gelder sowie das Deficit zweier Jahrgänge durch eine Anleihe zu decken, und fordert spezielle Kostenanschläge über das neu zu erbaute Schul- und Schlachthaus und das bereits restaurierte Rathaus, um demnächst Beschluss fassen zu können.

* Der Amtsrichter v. Rohrscheidt in Flotow ist in gleicher Amtseigenschaft am das Amtsgericht zu Löbau, Westpreußen, verfehlt worden.

Bandsburg, 10. Jan. In dem benachbarten Dorfe Gr. Wöllwitz ereignete sich gestern ein schweres Unglück. Im Hause des Besitzers Geckel dafelb wurde die Hochzeit der Schwester desselben gefeiert. Geckel wollte zur Erhöhung der Feststimmung einige Schüsse lösen, nahm ein Gewehr zur Hand und versuchte damit zu schießen. Das Gewehr versagte jedoch und es sammelten sich um G. mehrere neugierige Personen an. Plötzlich entlud sich die Schußwaffe und ein Knabe wurde so unglücklich von der Kugel getroffen, daß er tot zusammengeschlagen ist.

Könitz, 12. Januar. Am 10. Januar wurde hier die erste diesjährige Stadtverordneten-Sitzung gehalten. Das Collegium der Stadtverordneten ist nunmehr von der Zahl 24 auf 30 gestiegen, weil nach der Volkszählung vom Dezember 1886 die Einwohnerzahl 21 über 10 000 betrug. Damit war unsere Stadt in die Klasse der Städte zwischen 10 000 und 20 000 Einwohnern getreten. Diese Einwohnerzahl war dem königl. statistischen Amte, sowie von den vorgesetzten Verwaltungsbehörden anerkannt worden; und daraufhin hatte der Magistrat den Bestimmungen der Städteordnung entsprechend die notwendigen Stadtverordnetenwahlen angeordnet. Der größeren Zahl entsprechend hat inswieweit auch nach Gemeindebeschluss der Sitzungssaal der Stadtverordneten eine wesentliche Vergrößerung und Neuernehrung erfahren. Die neu gewählten oder wiedergewählten Städt. Verordneten wurden am 10. Januar in ihr Amt eingeführt, desgleichen Herr Maurermeister R. Böttcher in das Magistratscollegium. Von den Verhandlungen ist außer dem umfassenden Geschäft, welchen der Vorsteher, Hr. Rechtsanwalt Melbauer erstattete, und der Wiederwahl des bisherigen Vorstandes zu erwähnen die Abweitung eines Protestes, welcher gegen die neue Zahl der Stadtverordneten gerichtet war. Derselbe stützte sich darauf, daß in der durch die leichte Volkszählung enthaltenen Einwohnerzahl von 10 021 Seelen auch die Inländer der hiesigen Provinzial-Befreiungsanstalt mit abgezogen seien, auf welche der Begriff „Einwohner“ nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht zutreffe. Der Protesterheber, dem sich nur der neue Stadtverordnete, Herr Rechtsanwalt Gebauer zur Seite stellte, hat offenbar übersehen, daß nach § 3 der Städteordnung tatsächlich die Gelegenheit hier gemeint ist, daß bei der Feststellung derselben also nur die serbischstämmigen Militärpersonen des aktiven Dienststandes nicht mitgezählt werden dürfen. Wären die Corrigenden die sich allerdings ihren Wohnsitz in Könitz nicht freiwillig gerodet haben, nicht mitzählen, so würden auch die auswärtigen Schüler und Schülerinnen ausgeschlossen sein, da auch sie einen „Wohnsitz“ in sonst zutreffendem Sinne des Gesetzes hier nicht haben. Ein Protest konnte überdies nur gegen das Wahlfahren, nicht gegen die Anordnung der Wahl erhoben werden. Deshalb war der vorliegende Protest vor den Wahlen und der von Seiten der Verwaltungsbehörde erfolgten Anerkennung der Einwohnerzahl von über 10 000 an die Aussichtsbehörde zu richten. Aus diesen Gründen wurde dem Antrage des Referenten Herrn Rechtsanwalt Dr. Vogel entsprechend und in Übereinstimmung mit den Ausführungen anderer Stadtverordneten, die sich, wie Herr Bürgermeister Mühlbauer auf die in verschiedenen Ministerialrescripten enthaltenen klaren Interpretationen stützen, jener Protest als unzutreffend abgewiesen.

Königsberg, 12. Jan. In der „A. S. J.“ lesen wir folgende Reminiscenz: Heute vor seidig Jahren wurde die erste der auf Anordnung des kgl. Regierung zur Einschaltung der von dem kgl. Polizeipräsidium als squallos ermittelten Zahl (angeblich 3000) von Kindern errichteten Schulen in dem Gebäude des von dem Magistrat angekauften Grundstücks „Altstädtischer Junkergarten“ zunächst mit einer Klasse unter Leitung des Lehrers Eduard Banselow eröffnet, welcher Lehrer durch Gemährung der nötigen Mittel in London die sogenannte Bell-Cambridge-Methode studirt hatte. Zu Ostern desselben Jahres wurde in dem erwähnten Gebäude die Schule auf vier Klassen erweitert und die Zahl dieser Schulen, die man Armenschulen nannte, in gemieteten Häusern, der damaligen Bevölkerungszahl der Stadt entsprechend, vermehrt. Vor ca. 30 Jahren, wenn wir uns recht erinnern, wurde der Name Armenschulen durch die Benennung Volksschulen ersetzt.

Ortsberg, 11. Januar. Donnerstag Vormittag hat sich der Bureauvorsteher L. des Rechtsanwalts G. hier selbst mittels eines Revolvers durch vier Schüsse in die Brust und einen Schuß in den Hals geötzt. Wegen verschiedener Veruntreuungen vom Rechtsanwalt entlassen, mag ihn wohl Furcht vor weiteren nachtheiligen Folgen in den Tod getrieben haben. — In Millenberg sind in der Nacht von Donnerstag zu Freitag eine Mutter mit ihrer 17jährigen Tochter an Achtendunkt erstickt.

Fischhausen, 10. Januar. In vergangener Woche fand man bei der Untersuchung durch das Mikroskop in einem vom Besitzer R. in R. geschlachteten Schweine eine Menge Trichinen. Leider hatten schon mehrere Personen vor der Untersuchung von dem trichinenfleisch gegessen; in Folge dessen sind Mutter, Frau und zwei Schwestern des Besitzers ernstlich erkrankt. Es ist sehr fraglich, ob es dem Arzte gelingen wird, das Leben aller erkrankten Personen zu erhalten, gegenwärtig schwanken besonders die Schwestern des Besitzers in großer Gefahr; merkwürdig ist nur, daß R. selbst bisher von der Krankheit verschont geblieben ist.

R. Nakel, 12. Januar. Durch das unvorstichtige Umgehen mit Schießwaffen ist die Familie eines in der Nähe wohnenden Gutsbesitzers in große Trauer versetzt worden. Derselbe schenkte zu Weihnachten seinen beiden Söhnen, von denen der jüngere, im Alter von 16 Jahren, Gedanknatur des hiesigen Gymnasiums ist, gegen den Rat eines Bekannten ein Schießgewehr. Leider wurde dadurch die Tafffreude in Trauer verwandelt, indem der ältere Sohn noch in den Ferien durch ungeschickte Handhabung des Gewehrs einen Schuß in die Kinnlade erhielt, an dessen Folgen er gestern verstorben ist — Ebenso ist aus gleicher Veranlassung die Familie des Gymnasiallehrers L. hier selbst in großer Sorge. Gestern Abend spielten einige Tertiäner heimlicher Weise mit einem Revolver, obgleich einer von ihnen wußte, daß derselbe geladen sei. Noch ehe er ihn entladen konnte, ging der Schuß los und traf den dabei zufällig anwesenden Sohn des Herrn L. in den Oberschenkel. Die Augen hat bis jetzt nicht entfernt werden können.

Bermische Nachrichten.

* Berlin, 12. Jan. Das Engagement des Fräulein Führing bei dem königl. Schauspiel in Berlin ist nicht verlängert worden.

* [Aus dem Nachlaß des Königs Ludwig II. von Bayern] soll einer Mitteilung des „N.-Y. Courier“ zufolge, der amerikanische Künstler Vandebilt eine complete Zimmerinrichtung im Stile Ludwigs XIV. erworben haben.

* [Offenes Bekennen.] Der „Afrikaanse Patriot“, eine Zeitung in Transvaal, veröffentlichte in seiner letzten Nummer ein Protokoll über einen Widerruf in einer Ehrensache, der in einer so afrikanisch-urkriegerischen Sprache abgesetzt ist, daß seine Wiedergabe sich lohnt:

„Ich Unterzeichner A. C. du Plessis nehm' hierdurch

Bequidenhout ausgesprochen habe. Ich bekenne, ein

nichtswürdiger Lügner zu sein, und mich auf den Mund

schlagend rufe ich: „Götter Mund, warum entstellt

du also die Wahrheit?“ Außerdem bekenne ich, nichts

für den Ruf des Herrn Bequidenhout Nachtheiliges zu

wissen. Und ich gestehe nochmals, daß ich ein Lügner

höchsten Grades bin!“ ges. A. C. du Plessis. Zeugen:

J. du Plessis. J. C. Holmes.

Gresham, 10. Januar. [Geständnis.] Der Cement-

gleicher Hoffmann aus Breslau hat nunmehr eingestanden, den Mord in Manje begangen zu haben.

Der von Hoffmann schwer verwundete Gastwirth Gräbner ist wider Erwartung beinahe vollständig hergestellt und wird nächstens das hiesige Krankenhaus verlassen. Hoffmann, der sich anfänglich durch große Freiheit auszeichnete, hat jetzt sein Benehmen vollständig geändert.

Aachen, 11. Jan. Die erste englische Post vom 11.

über Ostende ist ausgeblieben. Grund: Die Fahrt des Schiffes ist durch starken Nebel im Canal verzögert worden.

(W. Z.)

Brüssel, 12. Januar. In Folge dichten Nebels im

Canal ist der Verkehr zwischen England und dem

Feindland seit gestern früh vollständig unterbrochen.

Berichte aus Antwerpen, Ostende, Brüssel, Rotterdam und Amsterdam besagen, daß gestern in diesen Häfen kein Schiff ein- oder auslaufen konnte; man befürchtet Unglücksfälle auf der See.

(Mr. Z.)

* In Cork (Irland) ist am Montag die Einrichtung des Militärarrestes Dr. Crox durch den Strang vollzogen worden. Crox hatte seine Frau vergiftet. Das Ver-

gnadigungsgesetz war vom Vicekönig von Irland ver-

worfen worden.

Schiffs-Nachrichten.

* Der deutsche Kaiser hat dem Führer der norwegischen Bark „Naesheim“ Capitän Buch, den Aronord-orden 4. Klasse, sowie dem Steuermann Theodor Hansen, dem Zimmermann Tharald Abramson, dem Steuermann Jacob Sakariason und dem Matrosen Severin Nielsen, sämtlich von der Befahrung derselben Fahrzeugs, für Rettung einer deutschen Schiffsmannschaft die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Stockholm, 9. Januar. Der Dampfer „Juana Nancy“ ist im Treibes sichtbar, circa 3 Meilen von der Küste. Leute versuchen, das Schiff mit Proviant zu erreichen.

Helsingör, 11. Januar. Der Dampfer „Franz“ aus Riel, von Riga nach Pori mit Gültigkug, kollidierte mit dem Dampfschiff „Wilhelm Linck“ aus Danzig und ist hier eingekommen.

Newark, 12. Januar. Der Hamburger Postdampfer „Suevia“ ist von Hamburg kommend, gestern Nach-

mittag hier eingetroffen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Posen, 13. Januar. (Privat-Telegramm.) Die heutige Konferenz von Vertretern des Handelskandes und der Landwirtschaft der östlichen Provinzen beschloß eine Petition an den Landtag zu richten betreffend Herabsetzung der Getreidefrachten auf den Eisenbahnen.

Kassel, 13. Januar. (W. Z.) In dem Prozeß gegen den Pastor Thümmel wegen Beleidigung der katholischen Kirche wurde heute das Urteil verkündigt. Thümmel ist zu 6 Wochen, Wiemann zu 10 Tagen Gefängnis verurtheilt worden.

Petersburg, 13. Januar. (W. Z.) Der Budgetbericht des Finanzministers erklärt: Beim Militärressort sind die Ausgaben, übereinstimmend mit der friedlichen Politik Russlands, vermindert worden. Die wirtschaftliche Lage ist noch nicht endgültig gebessert, das Gleichgewicht im Budget ist jedoch nicht durch bloße Ausgabenverminderung zu erzielen; es erwies sich als notwendig, die Einnahmen ohne Schädigung der productionskräfte der Bevölkerung zu erhöhen. Die gesammten beabsichtigten Maßregeln sollen die Einnahmen auf 52 Millionen steigern; vorläufig sollen jedoch nur 30 Millionen eingestellt werden.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, den 13. Januar.

Ges. v. 1. V. Ges. v. 12.

Weizen, gelb	4% russ. Anl. 80	78.40	78.40
April-Mai ..	170.70	170.00	Lombarden ..
May-Juni ..	173.20	172.50	Franzosen ..
Roggen	42.00	40.00	Greb. Action ..
April-Mai ..	125.50	125.20	Disc. Comm. ..
May-Juni ..	127.50	127.20	Deutsche Bh. ..
Petroleum pr.	200	200	Laurahütte ..
Loco ..	25.60	25.40	Deitr. Noten ..
Rüböl	48.00	48.00	Russ. Noten ..
April-Mai ..	48.30	48.30	Markt, kurz ..
Gußöl	100.00	100.00	Disc. B. g. a. ..
April-Mai ..	100.70	100.70	Dan. Privatbank ..
4% Consols ..	107.00	108.90	D. Delmühle ..
3½ % weitr. ..	98.50	98.50	D. Priorit. ..
4% Consols ..	98.50	98.50	D. Marsha-St. B. ..
do. ..	98.50	98.50	D. St. B. ..
5% Russ. G. R. ..	92.75	92.90	Distr. Glubb. ..
Ung. 4% Olbr. ..	78.20	78.20	Gumm. -K. ..
2. Orient-Anl. ..	53.30	53.10	1884er Russ. ..
Danizier, Gatanlanthe 102.60			Fondsbörse: siemlich fest.

Hamburg, 12. Jan. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, holsteinische loco 162 bis 166. Roggen loco rubig, mecklenburgische loco neuer 122 bis 126, russischer loco rubig, 90 bis 96. Hafer und Gerste rubig. Rüböl rubig, loco 43. Spiritus festler, per Januar 23 Br., per Januar-Febr. 23 Br., per Februar-März 23 Br., per April-Mai 23 Br. R. Kaffee rubig, Umlauf 3500 Grot. Petroleum behauptet, Standard white loco 7.85 Gb. per August-Dezbr. 7.60 Gb. — Weitere: Giß aufzklärend.

Bremen, 12. Januar. Petroleum. (Schluß-Bericht.)

Steigender. Standard white loco 7.95 bei. und Räuber.

Frankfurt a. M., 12. Januar. Effecten-Société. (Schluß-Course) 215. Franzosen 170%, 4% ungarn.

Goldschmied 77.80, Gotthardsbahn 114.70, Disconto-Gommandit 187.80, Gelsenkirchener Bergwerksaktion 114.60, Stillierrente 78.25, do. 5% 93.25, do. Gilberrente 80.50, 4% Goldschmied 110.30, do. ungarn. Goldr. 97.35, 5% Stillierrente 82.85, 1884er Loos 132.50, 1886er Loos 136.00, 1884er Loos 165.00, Creditiflöse 177.25, ungar. Prämienloos 119.25, Creditiflöse 269.60, Franzosen 211.40, Lombarden 84.25, Galizier 193.50, Lemb.-Gern. 209.00, Barbubis 145.50, Nordwestbahn 153.00, Elbthalbahn 153.00, Kronprinz-Rudolf 178.50, Nordbahn 2455.00, Unionbank 190.00, Anglo-Aust. 99.50, Wiener Bankverein 88.00, ungar. Creditidition 272.00, deutsche Blöde 62.25, Londoner Wechsel 105.20, Pariser Napoleon 10.03%, Dukaten 5.96, Marknoten 62.27/2, russ. Banknoten 1.09%, Gilbercoupons 100.00, Länderbank 204.75, Transam 207.00, Tabakactien 72.75.

Amsterdam, 12. Januar. Getreidemarkt. Weizen per März 191, per Mai 192. Roggen per März 106—107.

Antwerpen, 12. Januar. (Schlußbericht.) Weizen ruhig.

Roggen ruhig, Hafer behauptet, Gerste fest.

Paris, 12. Januar. Getreidemarkt. (Schluß-Bericht.) Weizen ruhig, per Jan. 23.00, per Februar 23.10,

Tabakactien 72.75.

Amsterdam, 12. Januar. Getreidemarkt. Weizen per

März 191, per Mai 192. Roggen per März 106—107.

Berliner Fondsbörse vom 12. Januar.

Die heutige Börse eröffnete und verließ im wesentlichen in recht fester Haltung; die Kurste lebten auf speziell dem Gebiet vielfach etwas höher ein und konnten sich weiterhin gut behaupten und teilweise etwas besser. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen laufen gleichfalls günstiger, boten aber keine gesetzliche Anregung nicht dar. Hier zeigte die Spekulation wieder große Zurückhaltung und Gesicht und Umstände bewegten sich im allgemeinen in mäßigen Grenzen. Der Kapitalmarkt erwies sich fast für heimische Anlagen und fremde, festen Zins tragende Papiere, konnten sich, der Hauptstädte entsprechend, zum Teil etwas besser stellen. Die Kässaverthe der übrigen Geschäftswerte waren gleichfalls fester und teilweise lebhafter.

Der Privatdiscont wurde mit 1½ % ob. notiert. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditactien fester und möglich lebhaft; auch Franzosen und Lombarden etwas besser, aber ruhig; andere österreichische und schwedische Bahnen fester und wenig belebt. Von den fremden Fonds zeigt sowohl russische Anleihen und Noten wie ungarische Goldrente und Italiener Coursbesserung bei regem Verkehr. Deutsche und preußische Staatsanleihen und inländische Eisenbahn-Obligationen recht fest und verhältnismäßig belebt. Bankaktien fest, aber ruhig. Industriepapiere fest und teilweise lebhafter. Montanwerthe ziemlich fest und ruhig. Inländische Eisenbahnen recht feste mecklenburgische lebhafter.

Deutsche Fonds.			
Deutsche Reichs-Anleihe	4	107,70	Russ. 3. Orient-Anleihe
do. do.	3½	100,75	5 53,00
Konsolidirte Anleihe	4	106,30	5 54,75
do. do.	3½	101,10	5 56,35
Staats-Schuldscheine	3½	100,10	5 84,00
Preuß. Provin.-Oblig.	4	103,75	5 49,20
Westpr. Provin.-Oblig.	4	103,75	5 95,00
Brandt. Centr.-Böhr.	4	101,50	5 104,80
Preuß. Pfandbriefe	3½	98,50	5 100,50
Wommersche Böhr.	3½	99,40	5 92,90
Posenische neue Böhr.	4	—	5 13,75
do. do.	3½	102,20	5 82,60
Westpreuß. Pfandbriefe	3½	98,50	5 78,00
do. neue Pfandbr.	3½	98,50	5 78,75
Böhm. Rentenbriefe	4	104,20	5 78,75
Polnische do.	4	104,20	5 78,75
Preußische do.	4	104,20	5 78,75

Lotterie-Anleihen.			
Bad. Präm.-Anl.	4	136	Bad. Präm.-Anl. 1867
Gotthardbahn	—	—	4 136
Kronpr.-Rud.-Bahn	4	136	5 119,10
Braunschw. Pr.-Anleihe	—	—	5 136
Goth. Präm.-Pfandbr.	3½	105	5 125
Lüttich-Limburg	—	—	5 13,75
Defferr.-Franz. St.	—	—	5 3½
do. Nordwestbahn	—	—	5 62,00
do. Lit. B.	—	—	5 3½
Neichen-Barbush.	—	—	5 61,00
Russ. Staatsbahnen	—	—	5 3,81
Russ. Südbahnen	—	—	5 57,00
Carolin. Unionb.	—	—	5 2½
do. Westb.	—	—	5 32,10
Oberberger Loofe	—	—	5 34,30
Pr. Präm.-Anleihe 1855	3½	1470	5 138,60
Kaub-Grau 100 L. Loofe	4	970	5 15
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	1530	5 1350
do. do. von 1866	5	1350	5 2080
Ung. Loofe	—	—	5 2090

Hypotheken-Pfandbriefe.			
Dan. Hypoth.-Pfandbr.	4	—	5 101,50
Dirch. Grundb.-Böhr.	4	—	5 102,00
Hamb. Hyp.-Pfandbr.	4	—	5 101,80
Meininger Hyp.-Pfandbr.	4	—	5 101,60
Nordb. Erdberd.-Böhr.	4	—	5 114,30
Pomm. Hyp.-Pfandbr.	2 u. 4. Em.	—	5 109,50
do. 2. Em.	—	—	5 106,00
Pr. Bob.-Erb.-Act. Bö.	4½	—	5 102,25
Pr. Central-Bob.-Cred.	5	—	5 115,10
do. do. do.	4½	—	5 112,00
Pr. Hypoth.-Actien-Bö.	4	—	5 103,00
do. do. do.	4½	—	5 101,90
do. do. do.	4	—	5 102,00
do. do. do.	4	—	5 102,00
do. do. do.	4½	—	5 103,50
Stettiner Nat.-Hypothe.	—	—	5 97,60
do. do.	4½	—	5 102,60
do. do.	4½	—	5 105,50
do. do.	4	—	5 102,40
do. do.	4	—	5 102,40
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	53,10	5 73,30

Ausländische Fonds.			
Defferr. Goldrente	4	88,00	5 101,50
Defferr. Papier-Rente	5	74,75	5 101,50
do. do.	4½	62,90	5 101,50
do. Silber-Rente	4½	65,00	5 101,50
Ungar. Eisenb.-Anleihe	5	100,40	5 101,50
do. Papierrente	5	66,70	5 101,50
do. Goldrente	4	78,25	5 101,50
Ung. Ost-Pr. 1. Em.	5	76,00	5 101,50
Russ. Engl. Anleihe 1870	5	99,75	5 101,50
do. do.	1871	92,30	5 101,50
do. do.	1872	92,30	5 101,50
do. do.	1873	94,20	5 101,50
do. do.	1875	86,40	5 101,50
do. do.	1877	98,25	5 101,50
do. do.	1880	78,40	5 101,50
do. Rente	1883	106,40	5 101,50
Russ. Engl. Anleihe 1884	5	92,20	5 101,50
do. Rente	1884	85,20	5 101,50
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	53,10	5 101,50

Bank- und Industrie-Aktionen.			
Galizier	—	—	5 78,00
Gotthardbahn	—	—	5 119,10
Kronpr.-Rud.-Bahn	4	136	5 3½
Braunschw. Pr.-Anleihe	—	—	5 119,10
Goth. Präm.-Pfandbr.	3½	105	5 136
Lüttich-Limburg	—	—	5 13,75
Defferr.-Franz. St.	—	—	5 3½
do. Nordwestbahn	—	—	5 62,00
do. Lit. B.	—	—	5 3½
Neichen-Barbush.	—	—	5 61,00
Russ. Staatsbahnen	—	—	5 3,81
Russ. Südbahnen	—	—	5 57,00
Carolin. Unionb.	—	—	5 2½
do. Westb.	—	—	5 116,50
Reichsbank	—	—	5 133,50
do. Hypoth.-Bank	—	—	5 2,29
Disconto-Command	—	—	5 102,50
Gothaer Gründcr. Bö.	—	—	5 191,80
Hamb. Commerz.-Bank	—	—	5 10,10
Hannover. Handels-Bank	—	—	5 120,50
Königs. Commerz.-Bank	—	—	5 153,10
Berl. Prod. u. Hand.-A.	—	—	5 92,00
Bremer Bank	—	—	5 93,90
Bresl. Disconto-Bank	—	—	5 89,50
Darmstädter Bank	—	—	5 10
Deutsch. Genossensch.-B.	—	—	5 121,80
Darmstädter Bank	—	—	5 6,2½
do. Bank	—	—	5 163,50
do. Effecten u. W.	—	—	5 9
do. Reichsbank	—	—	5 116,50
do. Hypoth.-Bank	—	—	5 8
Disconto-Command	—	—	5 102,50
Gothaer Gründcr. Bö.	—	—	5 191,80
Hamb. Commerz.-Bank	—	—	5 10,10
Hannover. Handels-Bank	—	—	5 120,50
Königs. Commerz.-Bank	—	—	5 153,10
Berl. Prod. u. Hand.-A.	—	—	5 92,00
Bremer Bank	—	—	5 93,90
Bresl. Disconto-Bank	—	—	5 89,50
Darmstädter Bank	—	—	5 10
Deutsch. Genossensch.-B.	—	—	5 121,80
Darmstädter Bank	—	—	5 6,2½
do. Bank	—	—	5 163,50
do. Effecten u. W.	—	—	5 9
do. Reichsbank	—	—	5 116,50
do. Hypoth.-Bank	—	—	5 8
Disconto-Command	—	—	5 102,50
Gothaer Gründcr. Bö.	—	—	5 191,80
Hamb. Commerz.-Bank	—	—	5 10,10
Hannover. Handels-Bank	—	—	5 120,50
Königs. Commerz.-Bank	—	—	5 153,10
Berl. Prod. u. Hand.-A.	—	—	5 92,00
Bremer Bank	—	—	5 93,90
Bresl. Disconto-Bank	—	—	5 89,50
Darmstädter Bank	—	—	5 10
Deutsch. Genossensch.-B.	—	—	5 121,80
Darmstädter Bank	—	—	5 6,2½
do. Bank	—	—	5 163,50
do. Effecten u. W.	—	—	5 9
do. Reichsbank	—	—	5 116,50
do. Hypoth.-Bank	—	—	5 8
Disconto-Command	—	—	5 102,50
Gothaer Gründcr. Bö.	—	—	5 191,80
Hamb. Commerz.-Bank	—	—	5 10,10
Hannover.			